



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREISVERBAND BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD

Kreisdelegiertenkonferenz
28. März 2015 – Altes Schulhaus, Löffingen-Dittishausen

TAGESORDNUNG
&
ANTRÄGE



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald

Dr. Birte Könnecke Kapellenweg 4 79294 Sölden

Verteiler:

Kreisdelegierte
SPD OV-Vorsitzende
SPD Kreisvorstand und Kreistagsfraktion
MdB, MdL und Bürgermeister
Revisoren, Schiedskommission
Ehrevorsitzende
SPD- Regionalgeschäftsführer

SPD-Kreisverband
Breisgau-Hochschwarzwald

Kreisvorsitzende
Dr. Birte Könnecke
Kapellenweg 4
79294 Sölden

Tel. 0761 – 2146868 pr.

Mobil: 0174 – 3020712

E-Mail: birtekoennecke@yahoo.de

www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Sölden, 08. März 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit lade ich euch herzlich zur Kreisdelegiertenkonferenz ein.

Ort: Altes Schulhaus, Fliederstr. 5, Löffingen - Dittishausen

Termin: Samstag, den 28. März 2015 um 15 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Bericht der Mandatsprüfungskommission
3. Neuwahl des/der Bildungsbeauftragten
4. Wahl von 3 Delegierten für die Landeskonzferenz der ASF am 24.10.2015 in Ulm
5. „Die Energiewende im Land“ - Bericht von Johannes Stober, energiepolitischem Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
6. Antragsberatung (siehe Anlagen)
7. Kurzberichte der Mandatsträger aus Kreis-, Land- und Bundestag
8. Verschiedenes und Schlusswort

Die Versammlung ist parteiöffentlich.

Die Delegierten bringen bitte Parteibuch oder SPD-Card mit. Bei Verhinderung bitte den Ersatzdelegierten informieren und die Einladung weitergeben.

Ich freue mich auf euer zahlreiches Erscheinen und verbleibe bis dahin mit den besten Wünschen und einem herzlichen Gruß,

Birte Könnecke

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Breisgau-Hochschwarzwald

Antragsteller: SPD Ortsverein Staufen

Antrag

Die KDK möge beschließen: Die Kreistagsfraktion der SPD im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald wird aufgefordert die Arbeit des Jugendamtes des Landkreises im Fall des Jungen Alessio zu untersuchen. Zu diesem Zweck soll die Kreistagsfraktion folgende Fragen an die Landrätin stellen und ihre Antwort an die Partei berichten:

- a.) Warum wurde der Junge in die Familie zurückgegeben, obwohl der Stiefvater sich sehr widersprüchlich verhielt? So zeigte er einerseits Tränen, Reue und Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Jugendamt, nichts von dem aber gegenüber der Staatsanwaltschaft.
- b.) Warum erlaubt man einige Wochen nachdem schwerste Vorwürfe aufgrund starker Indizien gegen den Stiefvater erhoben wurden, dass dieser das Kind zumindest zeitweise wieder allein betreut?
- c.) Wurde der Stiefvater vor diesen Entscheidungen einer psychologischen Untersuchung unterzogen? Er galt immerhin auch als aggressiv und cholerisch.
- d.) War das Kind zumindest tagsüber in Obhut einer Kinderkrippe / eines Kindergartens?
- e.) Das Jugendamt beruft sich für seine Entscheidung auf die Rechtsprechung, die nach seiner Aussage eine Inobhutnahme eines Kindes nicht zulässt, wenn ein Erziehungsberechtigter Reue zeigt. Welche Rechtsexperten wurde hinzugezogen?

Begründung

Die Anteilnahme am Tod des Jungen Alessio darf nicht nur in bloßer Betroffenheit bestehen. Nach Aussage des Kreistags hat das Jugendamt zu jedem Zeitpunkt gehandelt. Untätigkeit kann daher nicht unterstellt werden. Trotz alledem, der Junge ist tot. Es müssen daher Fehler beim Handeln gemacht worden sein. Ursachen und Gründe dieser Fehler gilt es herauszufinden, daraus zu lernen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Die Fehler mögen letztlich innerhalb oder außerhalb des Jugendamtes festgestellt werden. Die ersten Fragen sind aber zunächst an das Jugendamt als unmittelbar zuständige Behörde zu stellen. Wir wünschen, dass die Kreistagsfraktion der SPD dabei eine aktive Rolle übernimmt.

Antrag zu den geplanten Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Breisgau-Hochschwarzwald

B31 u.a. - dreistreifiger Ausbau zwischen Löffingen und Friedenweiler-Rötenbach

- Tank- und Rastanlage in Rötenbach mit Anbindung des Verkehrs aus östlicher Richtung an die Tank- und Rastanlage

Elektrifizierung Höllentalbahn zwischen Titisee-Neustadt (Bhf. Neustadt) bis Donaueschingen

Antragsteller:

SPD-Ortsverein Löffingen

SPD-Ortsverein Titisee-Neustadt

SPD- Ortsverein Lenzkirch-Schluchsee

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Kreistagsfraktion

Antrag:

Die Fraktionen der SPD in den genannten Parlamenten, davon in Bund und Land mit Verantwortung in der Regierung, mögen sich für die Finanzierung und Umsetzung der obigen Verkehrswege einsetzen. Es kann nicht weiter hingegenommen werden, dass diese für die Infrastruktur im ländlichen Raum so wichtigen Projekte verschleppt, oder nur halbherzig umgesetzt werden.

Begründung:

Dreistreifiger Ausbau der B31 zwischen Löffingen und Friedenweiler-Rötenbach.

Die B31 ist eine sehr stark befahrene Bundesstraße die zunehmend vom Schwerverkehr als Ost-West-Verbindung genutzt wird. Weitere Ost-Westverbindungen wie z.B. die A8 Karlsruhe – Stuttgart werden wg. der Mautkosten somit umfahren. Der Ausbau der B31 ist an vielen Stellen bereits vollzogen. Es bleiben im Hochschwarzwald allerdings Nadelöhre zurück, die den Verkehrsfluss behindern. Unverständlich ist, warum die Planfeststellungen dabei verzögert werden obwohl ein weiterer Ausbau zugesagt wurde. Die Taktik des Verschiebens auf Jahre hinaus gefährdet dabei womöglich die grundsätzliche Bereitschaft zum Ausbau.

Tank- und Rastanlage in Friedenweiler-Rötenbach

Im Zuge des geplanten Ausbaus der B31 zwischen Löffingen und Friedenweiler Rötenbach ist der Neubau einer Tank- und Rastanlage in Rötenbach vorgesehen. Dabei ist vor allem eine leistungsfähige Rastanlage ein wichtiger Bestandteil für den LkW-Verkehr auf dieser Strecke. Diese Tank- und Rastanlage ist in den jüngsten Planungen allerdings nur für den West-Ost verkehr nutzbar. Der Ost-West Verkehr ist in den zuletzt vorgestellten Planungen nicht angebunden! Die Lkw-Fahrer sind somit darauf angewiesen entlang der B31 mehr oder weniger illegale Parkflächen zu nutzen, die keinerlei oder nur rudimentäres sanitäres und hygienisches Angebot aufweisen. Auf diesen „wild“ genutzten Flächen entstehen zudem immer wieder Schäden die zu Lasten der Kommunen gehen. Nach dem Verlassen der A 5 bei Freiburg ist die Tank- und Rastanlage die einzige echte Versorgungseinrichtung für Lkw auf der B31 bis zur Rastanlage Hegau auf der A81. Dem Ost-West-Verkehr fehlt auch diese wichtige Zwischenstation.

Elektrifizierung der Höllentalbahn zwischen Titisee-Neustadt (Bahnhof Neustadt) und Donaueschingen

Durch die Elektrifizierung dieses Teilbereichs der Höllentalbahn wird der öffentliche Nahverkehr deutlich gestärkt. Zudem wird der Wohnungsmarkt in Freiburg durch die dann möglichen schnelleren und häufigeren Taktzeiten entlastet. Die Kommunen entlang des Teilstücks haben ihre notwendigen Zustimmungen zum Umbau von Bahnhöfen und Querungen von Schiene und Straße bereits abgeschlossen und warten nun auf die Planfeststellung für den Tunnel in Döggingen. Ein Bestandschutz des Bauwerks ist anzustreben. Die Fertigstellung der Elektrifizierung wurde für 2018 avisiert. Die Zeit drängt somit, dass die Planungen zur Durchführung in die nächste Runde gehen können.

Löffingen, Titisee-Neustadt und Lenzkirch-Schluchsee im März 2015

Antragsteller:

Ortsverein Dreisamtal-Markus Millen

Antragsempfänger :

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag :

Die SPD -Bundestagsfraktion wird aufgefordert eine Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes in den Bundestag einzubringen. Diese Änderung soll Waffenexporte und Waffenlieferung, außer an Bündnispartner, verbieten.

Begründung :

1. Der Verzicht auf Waffenexporte ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine friedlichere Welt.
2. Das Lösen von Problemen wurde noch nie mit Waffengewalt erreicht.
3. Immer wieder wurden in der Vergangenheit die seit dem Jahr 2000 geltenden Regeln für Rüstungsexporte durch den Bundessicherheitsrat unterlaufen. Die Verhandlungen laufen geheim, eine parlamentarische Kontrolle findet nicht statt. Bei einer, wie oben angeregten Gesetzeslage, gibt es keine Ermessungsspielräume mehr.

Kirchzarten, den 05.11.2014

Antragsteller: SPD-Ortsverein Dreisamtal (Kristin Ulrich)

Antragsempfänger : Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag

Antrag : Die Bundestagsfraktion der SPD setzt sich für die Unterzeichnung des Weltagrарberichts im Rahmen ihrer Mitverantwortung in der Regierung ein.

Begründung : Der Weltagrарbericht (mit vollem Namen *International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development* = IAASTD) wurde 2003 von UNO und Weltbank in Auftrag gegeben. 400 Experten und Expertinnen aus aller Welt sollten eine Antwort auf folgende Frage erarbeiten:

„Wie können wir durch die Schaffung, Verbreitung und Nutzung von landwirtschaftlichem Wissen, Forschung und Technologie Hunger und Armut verringern, ländliche Existenzen verbessern und gerechte ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung fördern?“

(S. Wege aus der Hungerkrise, Die Erkenntnisse und Folgen des Weltagrарberichts: Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen, Hrg. Zukunftsstiftung Landwirtschaft)

Der Weltagrарbericht wurde 2008 fertiggestellt und 2013 aktualisiert. 58 Staaten haben ihn unterzeichnet. Unter den europäischen Staaten sind es Finnland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

In ihrem gemeinsamen wissenschaftlichen Prozess kamen die Experten zu dem Ergebnis, dass die Ernährung der Weltbevölkerung langfristig nur durch nachhaltige Methoden in der Landwirtschaft sichergestellt werden kann. Die sog. Industrielle Landwirtschaft, die direkt und indirekt bis zu 40% der Treibhausgase verursacht, kapital- und energieintensiv ist, führt dazu, dass Böden ausgelaugt, Grundwasser vergiftet und das Erbgut von Menschen geschädigt wird.

Wenn in der öffentlichen Wahrnehmung die sog. Industrielle Landwirtschaft für die Welternährung unabdingbar erscheint, so hat dieses nicht zuletzt mit der wirkungsvollen Lobbyarbeit der interessierten Weltkonzerne zu tun.

Unseres Erachtens ist die SPD hier in besonderer Weise in die Pflicht genommen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit ist sie aufgefordert, sich für die Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschen weltweit einzusetzen.

Datum: Kirchzarten, den 02.02.2015